

**Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten
Bekanntmachung.**

Die Darstellung beruht auf der verwendeten eForms-Version *eforms-de-2.1*

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Osterholz

Art des öffentlichen Auftraggebers: *Kommunalbehörden*

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: *Allgemeine öffentliche Verwaltung*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Neubau einer Pflegeeinrichtung: Trockenbauarbeiten

Beschreibung: Der Landkreis Osterholz beabsichtigt, für den Neubau einer Pflegeeinrichtung die Trockenbauarbeiten zu vergeben.

Kennung des Verfahrens: e01bc219-f75f-4e81-9fda-ebb6c91da1a4

Interne Kennung: 2026002699

Verfahrensart: *Offenes Verfahren*

Beschleunigtes Verfahren: **nein**

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Bauleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 45324000 *Gipskartonarbeiten*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 45421141 *Einbau von Trennwänden*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 45421146 *Einbau von abgehängten Decken*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 45432120 *Verlegen von Zwischenböden*

2.1.2 Erfüllungsort

Ort: Osterholz-Scharmbeck

Postleitzahl: 27711

NUTS-3-Code: *Osterholz (DE936)*

Land: *Deutschland*

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0 Euro

2.1.4 Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: *Bekanntmachung*

Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Betrug oder Subventionsbetrug: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Bildung krimineller Vereinigungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Bildung terroristischer Vereinigungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Einstellung der beruflichen Tätigkeit: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Insolvenz: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Interessenkonflikt: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Rein nationale Ausschlussgründe: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Schwere Verfehlung: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

Zahlungsunfähigkeit: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Neubau einer Pflegeeinrichtung: Trockenbauarbeiten

Beschreibung: Der Landkreis Osterholz beabsichtigt, für den Neubau einer Pflegeeinrichtung die Trockenbauarbeiten zu vergeben.

Interne Kennung: 072949f2-b23f-4186-b629-24f757bc4e36

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 45324000 Gipskartonarbeiten

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 45421141 Einbau von Trennwänden

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 45421146 Einbau von abgehängten Decken

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 45432120 *Verlegen von Zwischenböden*

5.1.2 Erfüllungsort

Ort: Osterholz-Scharmbeck

Postleitzahl: 27711

NUTS-3-Code: *Osterholz* (DE936)

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Sonstige Angaben zur Dauer: *Unbekannt*

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: **ja**

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): **nein**

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: *Bekanntmachung*

Kriterium: *Allgemeiner Jahresumsatz*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in einer Präqualifizierungsdatenbank (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist für diese ebenfalls nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 – Eigenerklärung zur Eignung (Vergabehandbuch des Bundes) – vorzulegen. In dem Formblatt sind Angaben zur Eintragung in Berufsregister, Insolvenzverfahren und Liquidation, schwere Verfehlungen, Zahlung von Steuern, Abgaben und

Beiträgen
zur Sozialversicherung, Angabe zur Mitgliedschaft bei der
Berufsgenossenschaft zu
machen. Das Formblatt ist Bestandteil der Vergabeunterlagen. Bei Einsatz
von Nachunternehmern
sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmern
abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Angaben in der
Eigenerklärung zur
Eignung auf gesondertes Verlangen durch die Vorlage entsprechender
Bescheinigungen
der zuständigen Stellen zu bestätigen. Dies gilt auch für eingesetzte
Nachunternehmern.
Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine
Übersetzung
in die deutsche Sprache beizufügen.

Besondere Ausführungsbedingungen:
Bei der Abgabe des Angebotes hat der Bieter gemäß § 4 Abs. 1 Nieders.
Tariftreue-
und Vergabegesetz (NTVergG) schriftlich zu erklären, dass er seinen
Arbeitnehmer/innen
bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Mindestentgelt nach den
Vorgaben des
Mindestlohngesetzes zahlt bzw. mindestens ein Mindestentgelt entsprechend
der Vorgaben
des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), des
Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG),
der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen
sowie aus einem
auf Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemein
verbindlich erklärten
Tarifvertrag (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 5, 6 AEntG - Bauhaupt- und
Baunebengewerbe
-) zahlt. Diese Erklärung hat der Auftragnehmer auch für seine eingesetzten
Nachunternehmer
abzugeben (§ 13 NTVergG).

Alternativ wird eine einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE) gemäß §
50 VgV
akzeptiert.

Kriterium: *Berufliche Risikohaftpflichtversicherung*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Präqualifizierte Unternehmen
führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in
einer Präqualifizierungsdatenbank (Präqualifikationsverzeichnis). Bei

Einsatz von
Nachunternehmen ist für diese ebenfalls nachzuweisen, dass diese
präqualifiziert sind.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit
dem Angebot
das ausgefüllte Formblatt 124 – Eigenerklärung zur Eignung
(Vergabehandbuch des Bundes)
– vorzulegen. In dem Formblatt sind Angaben zur Eintragung in
Berufsregister, Insolvenzverfahren
und Liquidation, schwere Verfehlungen, Zahlung von Steuern, Abgaben und
Beiträgen
zur Sozialversicherung, Angabe zur Mitgliedschaft bei der
Berufsgenossenschaft zu
machen. Das Formblatt ist Bestandteil der Vergabeunterlagen. Bei Einsatz
von Nachunternehmen
sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen
abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Angaben in der
Eigenerklärung zur
Eignung auf gesondertes Verlangen durch die Vorlage entsprechender
Bescheinigungen
der zuständigen Stellen zu bestätigen. Dies gilt auch für eingesetzte
Nachunternehmen.
Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine
Übersetzung
in die deutsche Sprache beizufügen.

Besondere Ausführungsbedingungen:
Bei der Abgabe des Angebotes hat der Bieter gemäß § 4 Abs. 1 Nieders.
Tariftreue-
und Vergabegesetz (NTVergG) schriftlich zu erklären, dass er seinen
Arbeitnehmer/innen
bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Mindestentgelt nach den
Vorgaben des
Mindestlohngesetzes zahlt bzw. mindestens ein Mindestentgelt entsprechend
der Vorgaben
des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), des
Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG),
der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen
sowie aus einem
auf Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemein
verbindlich erklärten
Tarifvertrag (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 5, 6 AEntG - Bauhaupt- und
Baunebengewerbe
-) zahlt. Diese Erklärung hat der Auftragnehmer auch für seine eingesetzten
Nachunternehmer

abzugeben (§ 13 NTVergG).

Alternativ wird eine einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE) gemäß § 50 VgV akzeptiert.

Kriterium: *Anzahl der Führungskräfte*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in einer Präqualifizierungsdatenbank (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist für diese ebenfalls nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 – Eigenerklärung zur Eignung (Vergabehandbuch des Bundes) – vorzulegen. In dem Formblatt sind Angaben zur Eintragung in Berufsregister, Insolvenzverfahren und Liquidation, schwere Verfehlungen, Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung, Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft zu machen. Das Formblatt ist Bestandteil der Vergabeunterlagen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Angaben in der Eigenerklärung zur Eignung auf gesondertes Verlangen durch die Vorlage entsprechender Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu bestätigen. Dies gilt auch für eingesetzte Nachunternehmen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Besondere Ausführungsbedingungen:
Bei der Abgabe des Angebotes hat der Bieter gemäß § 4 Abs. 1 Nieders. Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) schriftlich zu erklären, dass er seinen Arbeitnehmer/innen bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zahlt bzw. mindestens ein Mindestentgelt entsprechend

der Vorgaben
des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), des
Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG),
der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen
sowie aus einem
auf Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemein
verbindlich erklärten
Tarifvertrag (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 5, 6 AEntG - Bauhaupt- und
Baunebengewerbe
-) zählt. Diese Erklärung hat der Auftragnehmer auch für seine eingesetzten
Nachunternehmer
abzugeben (§ 13 NTVergG).

Alternativ wird eine einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE) gemäß §
50 VgV
akzeptiert.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Präqualifizierte Unternehmen
führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in
einer Präqualifizierungsdatenbank (Präqualifikationsverzeichnis). Bei
Einsatz von
Nachunternehmen ist für diese ebenfalls nachzuweisen, dass diese
präqualifiziert sind.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit
dem Angebot
das ausgefüllte Formblatt 124 – Eigenerklärung zur Eignung
(Vergabehandbuch des Bundes)
– vorzulegen. In dem Formblatt sind Angaben zur Eintragung in
Berufsregister, Insolvenzverfahren
und Liquidation, schwere Verfehlungen, Zahlung von Steuern, Abgaben und
Beiträgen
zur Sozialversicherung, Angabe zur Mitgliedschaft bei der
Berufsgenossenschaft zu
machen. Das Formblatt ist Bestandteil der Vergabeunterlagen. Bei Einsatz
von Nachunternehmen
sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen
abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Angaben in der
Eigenerklärung zur
Eignung auf gesondertes Verlangen durch die Vorlage entsprechender
Bescheinigungen
der zuständigen Stellen zu bestätigen. Dies gilt auch für eingesetzte
Nachunternehmen.
Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine

Übersetzung
in die deutsche Sprache beizufügen.

Besondere Ausführungsbedingungen:

Bei der Abgabe des Angebotes hat der Bieter gemäß § 4 Abs. 1 Nieders.

Tariftreue-

und Vergabegesetz (NTVergG) schriftlich zu erklären, dass er seinen
Arbeitnehmer/innen

bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Mindestentgelt nach den
Vorgaben des

Mindestlohngesetzes zahlt bzw. mindestens ein Mindestentgelt entsprechend
der Vorgaben

des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), des

Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG),

der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen
sowie aus einem

auf Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemein
verbindlich erklären

Tarifvertrag (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 5, 6 AEntG - Bauhaupt- und
Baunebengewerbe

-) zahlt. Diese Erklärung hat der Auftragnehmer auch für seine eingesetzten
Nachunternehmer

abzugeben (§ 13 NTVergG).

Alternativ wird eine einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE) gemäß §
50 VgV
akzeptiert.

Kriterium: *Durchschnittliche jährliche Belegschaft*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Präqualifizierte Unternehmen
führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in
einer Präqualifizierungsdatenbank (Präqualifikationsverzeichnis). Bei
Einsatz von
Nachunternehmen ist für diese ebenfalls nachzuweisen, dass diese
präqualifiziert sind.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit
dem Angebot

das ausgefüllte Formblatt 124 – Eigenerklärung zur Eignung
(Vergabehandbuch des Bundes)

– vorzulegen. In dem Formblatt sind Angaben zur Eintragung in
Berufsregister, Insolvenzverfahren

und Liquidation, schwere Verfehlungen, Zahlung von Steuern, Abgaben und
Beiträgen

zur Sozialversicherung, Angabe zur Mitgliedschaft bei der
Berufsgenossenschaft zu

machen. Das Formblatt ist Bestandteil der Vergabeunterlagen. Bei Einsatz

von Nachunternehmen
sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen
abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Angaben in der
Eigenerklärung zur
Eignung auf gesondertes Verlangen durch die Vorlage entsprechender
Bescheinigungen
der zuständigen Stellen zu bestätigen. Dies gilt auch für eingesetzte
Nachunternehmen.
Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine
Übersetzung
in die deutsche Sprache beizufügen.

Besondere Ausführungsbedingungen:
Bei der Abgabe des Angebotes hat der Bieter gemäß § 4 Abs. 1 Nieders.
Tariftreue-
und Vergabegesetz (NTVergG) schriftlich zu erklären, dass er seinen
Arbeitnehmer/innen
bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Mindestentgelt nach den
Vorgaben des
Mindestlohngesetzes zahlt bzw. mindestens ein Mindestentgelt entsprechend
der Vorgaben
des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), des
Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG),
der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen
sowie aus einem
auf Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemein
verbindlich erklärten
Tarifvertrag (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 5, 6 AEntG - Bauhaupt- und
Baunebengewerbe
-) zahlt. Diese Erklärung hat der Auftragnehmer auch für seine eingesetzten
Nachunternehmer
abzugeben (§ 13 NTVergG).

Alternativ wird eine einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE) gemäß §
50 VgV
akzeptiert.

Kriterium: *Eintragung in das Handelsregister*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Präqualifizierte Unternehmen
führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in
einer Präqualifizierungsdatenbank (Präqualifikationsverzeichnis). Bei
Einsatz von
Nachunternehmen ist für diese ebenfalls nachzuweisen, dass diese
präqualifiziert sind.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 – Eigenerklärung zur Eignung (Vergabehandbuch des Bundes) – vorzulegen. In dem Formblatt sind Angaben zur Eintragung in Berufsregister, Insolvenzverfahren und Liquidation, schwere Verfehlungen, Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung, Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft zu machen. Das Formblatt ist Bestandteil der Vergabeunterlagen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Angaben in der Eigenerklärung zur Eignung auf gesondertes Verlangen durch die Vorlage entsprechender Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu bestätigen. Dies gilt auch für eingesetzte Nachunternehmern. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Besondere Ausführungsbedingungen:
Bei der Abgabe des Angebotes hat der Bieter gemäß § 4 Abs. 1 Nieders. Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) schriftlich zu erklären, dass er seinen Arbeitnehmer/innen bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zahlt bzw. mindestens ein Mindestentgelt entsprechend der Vorgaben des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG), der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie aus einem auf Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 5, 6 AEntG - Bauhaupt- und Baunebengewerbe -) zahlt. Diese Erklärung hat der Auftragnehmer auch für seine eingesetzten Nachunternehmer abzugeben (§ 13 NTVergG).

Alternativ wird eine einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE) gemäß §

50 VgV
akzeptiert.

Kriterium: *Eintragung in ein relevantes Berufsregister*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in einer Präqualifizierungsdatenbank (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist für diese ebenfalls nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 – Eigenerklärung zur Eignung (Vergabehandbuch des Bundes) – vorzulegen. In dem Formblatt sind Angaben zur Eintragung in Berufsregister, Insolvenzverfahren und Liquidation, schwere Verfehlungen, Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung, Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft zu machen. Das Formblatt ist Bestandteil der Vergabeunterlagen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Angaben in der Eigenerklärung zur Eignung auf gesondertes Verlangen durch die Vorlage entsprechender Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu bestätigen. Dies gilt auch für eingesetzte Nachunternehmen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Besondere Ausführungsbedingungen:
Bei der Abgabe des Angebotes hat der Bieter gemäß § 4 Abs. 1 Nieders. Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) schriftlich zu erklären, dass er seinen Arbeitnehmer/innen bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zahlt bzw. mindestens ein Mindestentgelt entsprechend der Vorgaben des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG),

der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie aus einem auf Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 5, 6 AEntG - Bauhaupt- und Baunebengewerbe -) zahlt. Diese Erklärung hat der Auftragnehmer auch für seine eingesetzten Nachunternehmer abzugeben (§ 13 NTVergG).

Alternativ wird eine einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE) gemäß § 50 VgV akzeptiert.

Kriterium: *Referenzen zu bestimmten Arbeiten*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in einer Präqualifizierungsdatenbank (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist für diese ebenfalls nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 – Eigenerklärung zur Eignung (Vergabehandbuch des Bundes) – vorzulegen. In dem Formblatt sind Angaben zur Eintragung in Berufsregister, Insolvenzverfahren und Liquidation, schwere Verfehlungen, Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung, Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft zu machen. Das Formblatt ist Bestandteil der Vergabeunterlagen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Angaben in der Eigenerklärung zur Eignung auf gesondertes Verlangen durch die Vorlage entsprechender Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu bestätigen. Dies gilt auch für eingesetzte Nachunternehmern. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Besondere Ausführungsbedingungen:
Bei der Abgabe des Angebotes hat der Bieter gemäß § 4 Abs. 1 Nieders.
Tariftreue-
und Vergabegesetz (NTVergG) schriftlich zu erklären, dass er seinen
Arbeitnehmer/innen
bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Mindestentgelt nach den
Vorgaben des
Mindestlohngesetzes zahlt bzw. mindestens ein Mindestentgelt entsprechend
der Vorgaben
des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), des
Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG),
der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen
sowie aus einem
auf Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemein
verbindlich erklärten
Tarifvertrag (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 5, 6 AEntG - Bauhaupt- und
Baunebengewerbe
-) zahlt. Diese Erklärung hat der Auftragnehmer auch für seine eingesetzten
Nachunternehmer
abzugeben (§ 13 NTVergG).

Alternativ wird eine einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE) gemäß §
50 VgV
akzeptiert.

Kriterium: *Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Präqualifizierte Unternehmen
führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in
einer Präqualifizierungsdatenbank (Präqualifikationsverzeichnis). Bei
Einsatz von
Nachunternehmen ist für diese ebenfalls nachzuweisen, dass diese
präqualifiziert sind.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit
dem Angebot
das ausgefüllte Formblatt 124 – Eigenerklärung zur Eignung
(Vergabehandbuch des Bundes)
– vorzulegen. In dem Formblatt sind Angaben zur Eintragung in
Berufsregister, Insolvenzverfahren
und Liquidation, schwere Verfehlungen, Zahlung von Steuern, Abgaben und
Beiträgen
zur Sozialversicherung, Angabe zur Mitgliedschaft bei der
Berufsgenossenschaft zu
machen. Das Formblatt ist Bestandteil der Vergabeunterlagen. Bei Einsatz
von Nachunternehmen
sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen
abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Angaben in der Eigenerklärung zur Eignung auf gesondertes Verlangen durch die Vorlage entsprechender Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu bestätigen. Dies gilt auch für eingesetzte Nachunternehmer. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Besondere Ausführungsbedingungen:

Bei der Abgabe des Angebotes hat der Bieter gemäß § 4 Abs. 1 Nieders. Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) schriftlich zu erklären, dass er seinen Arbeitnehmer/innen bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zahlt bzw. mindestens ein Mindestentgelt entsprechend der Vorgaben des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG), der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie aus einem auf Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 5, 6 AEntG - Bauhaupt- und Baunebengewerbe -) zahlt. Diese Erklärung hat der Auftragnehmer auch für seine eingesetzten Nachunternehmer abzugeben (§ 13 NTVergG).

Alternativ wird eine einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE) gemäß § 50 VgV akzeptiert.

Kriterium: *Spezifischer Jahresumsatz*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in einer Präqualifizierungsdatenbank (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist für diese ebenfalls nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 – Eigenerklärung zur Eignung

(Vergabehandbuch des Bundes)
– vorzulegen. In dem Formblatt sind Angaben zur Eintragung in
Berufsregister, Insolvenzverfahren
und Liquidation, schwere Verfehlungen, Zahlung von Steuern, Abgaben und
Beiträgen
zur Sozialversicherung, Angabe zur Mitgliedschaft bei der
Berufsgenossenschaft zu
machen. Das Formblatt ist Bestandteil der Vergabeunterlagen. Bei Einsatz
von Nachunternehmern
sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmern
abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Angaben in der
Eigenerklärung zur
Eignung auf gesondertes Verlangen durch die Vorlage entsprechender
Bescheinigungen
der zuständigen Stellen zu bestätigen. Dies gilt auch für eingesetzte
Nachunternehmern.
Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine
Übersetzung
in die deutsche Sprache beizufügen.

Besondere Ausführungsbedingungen:
Bei der Abgabe des Angebotes hat der Bieter gemäß § 4 Abs. 1 Nieders.
Tariftreue-
und Vergabegesetz (NTVergG) schriftlich zu erklären, dass er seinen
Arbeitnehmer/innen
bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Mindestentgelt nach den
Vorgaben des
Mindestlohngesetzes zahlt bzw. mindestens ein Mindestentgelt entsprechend
der Vorgaben
des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), des
Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG),
der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen
sowie aus einem
auf Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemein
verbindlich erklärten
Tarifvertrag (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 5, 6 AEntG - Bauhaupt- und
Baunebengewerbe
-) zahlt. Diese Erklärung hat der Auftragnehmer auch für seine eingesetzten
Nachunternehmer
abzugeben (§ 13 NTVergG).

Alternativ wird eine einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE) gemäß §
50 VgV
akzeptiert.

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: *Gewichtung (Prozentanteil, genau)*

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 26/06/2026 11:00 +02:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/c5f73a19-df3a-44c3-8fea-59adce0c4cb4>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/c5f73a19-df3a-44c3-8fea-59adce0c4cb4>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 02/07/2026 11:00 +02:00

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 62 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise

des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Datum des Eröffnungstermins: 02/07/2026 11:00 +02:00

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:
Nein

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für
Wirtschaft, Verkehr, Bauen und
Digitalisierung

**Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren
bereitstellt:** Landkreis Osterholz, - Zentrale Vergabestelle -

**Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren
bereitstellt:** Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr, Bauen und
Digitalisierung

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Osterholz

Identifikationsnummer: 12bf6417-be60-4c71-99e4-dfaa57b4f15e

Abteilung: Zentrale Vergabestelle

Postanschrift: Osterholzer Straße 23

Ort: Osterholz-Scharmbeck

Postleitzahl: 27711

NUTS-3-Code: *Osterholz* (DE936)

Land: *Deutschland*

Kontaktstelle: Zentrale Vergabestelle

E-Mail: vergabe@landkreis-osterholz.de

Telefon: +49 47919301290

Internet-Adresse: <https://www.landkreis-osterholz.de/ausschreibungen>

Beschafferprofil - URL: https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für
Wirtschaft, Verkehr, Bauen und
Digitalisierung

Identifikationsnummer: 77d36f32-d3ac-47f5-a15c-02d4d529de2e

Abteilung: Regierungsvertretung Lüneburg

Postanschrift: Auf der Hude 2

Ort: Lüneburg

Postleitzahl: 21339

NUTS-3-Code: *Lüneburg, Landkreis* (DE935)

Land: *Deutschland*

Kontaktstelle: Regierungsvertretung Lüneburg

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Telefon: +49 4131150

Fax: +49 41312943

Internet-Adresse: http://www.mw.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=27364&article_id=93032&psmand=18

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Osterholz, - Zentrale Vergabestelle -

Identifikationsnummer: d818d9dc-7f40-4c7d-ba41-f71c2addb0f5

Postanschrift: Osterholzer Str. 23

Ort: Osterholz-Scharmbeck

Postleitzahl: 27711

NUTS-3-Code: *Osterholz* (DE936)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vergabe@landkreis-osterholz.de

Telefon: +49 4791930-1291

Internet-Adresse: <https://portal.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: af89f641-040c-49a5-9306-193007b84c68 - 01

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 28/05/2026 08:22 +02:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*